1. Vorwort

Die Besorgnis erregende Beschäftigungssituation in allen europäischen Staaten war der Hauptgrund dafür, dass 1997 in den Amsterdamer Verträgen das Thema „Beschäftigung" Eingang gefunden hat. Die hier formulierte „Europäische Beschäftigungsstrategie" mit den Zielen der Entwicklung der Beschäftigungsfähigkeit und des Unternehmergeistes, die Förderung der Anpassungsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen sowie der Verbesserung der Chancengleichheit von Männern und Frauen hat mittlerweile in allen nationalen Aktionsplänen zur Umsetzung von Strukturfondsinterventionen Eingang gefunden. Dabei ist davon auszugehen, dass gerade das Thema „Beschäftigung" und die dazu notwendigen Strategien der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen nur dann ihre Wirkung entfalten können, wenn regionale und lokale Akteure an den Prozessen des regionalen, sektoralen und betrieblichen Strukturwandels beteiligt und in die Lage versetzt werden, diesen aktiv mitzugestalten. Dieser Gedanke findet sich wieder in der EU-Initiative „Beschäftigungspakte".

Den Gedanken der „Beschäftigungspakte" haben die Gewerkschaften Sachsens aufgegriffen. Sie sind seit geraumer Zeit bemüht, politisch und institutionell solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die es erlauben, regionale Entwicklungsvorhaben zu generieren und umzusetzen. Herausragend zu nennen sind die Stiftung für Innovation und Arbeit oder die Lausitzinitiative. Die Tagung „Beschäftigungspakte in der Grenzregion" am 27. April 2000 in Bautzen ist in diesen Kontext einzuordnen. Aus Sachsen, Böhmen und Schlesien waren zu dieser Tagung Experten aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften eingeladen. Vor dem Hintergrund des EU-Erweiterungsprozesses war es Ziel der Tagung, die Möglichkeiten auszuloten, um grenzüberschreitend beschäftigungs- und strukturwirksame Ansätze einer kooperativen Regionalentwicklung auf den Weg zu bringen. Dabei wurde mit dieser Konferenz der erste Schritt getan. Ziel war der Austausch von Informationen über die jeweiligen Rahmen und Handlungsbedingungen zur Gestaltung des Strukturwandels in der Grenzregion. Im einzelnen wurden vorgestellt die Initiative „Beschäftigungspakte der EU" sowie betriebliche Initiativen zur Sicherung von Beschäftigung. Erörtert wurden die notwendigen Rahmenbedingungen sowie die inhaltlichen Problemfelder, die durch gemeinsame Initiativen zu bewältigen wären.

Zu den Ergebnissen der Tagung zählt: Nach 10 Jahren deutscher Einheit haben sich in Sachsen erste regionale Beschäftigungsinitiativen entwickelt. Für Böhmen und Schlesien ist dagegen die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf die Region nur bedingt zu beobachten. Damit fehlt sächsischen Partnern oftmals das Pendant in Polen und Tschechien. Als ein weiteres Problem hat sich darüber hinaus die unzureichende Abstimmung der Programme PHARE/CBC und INTERREG herausgestellt. Deshalb wurden auch als vorrangig anzugehende Themen die Fragen der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung benannt. Aus unserer Sicht wird es in Zukunft deshalb um Anstrengungen gehen müssen, die dem Informationsbedarf in der Grenzregion Rechnung tragen. Gleichzeitig sind dialogvermittelte Formen der regionalen Koopera-

tion anhand konkreter sektoraler oder betrieblicher Projekte voranzutreiben. Für die Sozialpartner aber ist diese Aufgabe nicht ohne die dazu notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zu realisieren!

Diese Dokumentation soll einen Einblick geben in den Diskussionsstand zu beschäftigungspolitischen Fragen in der Grenzregion. Deutlich geworden ist, dass gerade diese Diskussion noch am Anfang steht und dies gerade dann, wenn der Gedanke der Beteiligung der verschiedenen regionalen Akteure an der Entwicklung von Betrieb und Region in den Vordergrund des Interesses gerückt wird. Wir haben uns deshalb entschlossen, der Dokumentation der Tagung Beiträge beizufügen, die über den Stand der Beschäftigungsförderung in Niederschlesien, Böhmen und Sachsen Auskunft geben. Für die Beiträge aus Polen und Tschechien zeichnen unsere Kollegen der Friedrich-Ebert-Stiftung, Frank Hantke und Milan Horálek, verantwortlich. Wir möchten uns an dieser Stelle für die Bereitschaft bedanken, dass sie uns ihre Analysen zur Verfügung gestellt haben.

Die inhaltliche und redaktionelle Bearbeitung der Dokumentation ist durch Dr. Anne-Kathrin Olbrich erfolgt. Vielen Dank für die Zusammenarbeit.

Nicht zuletzt sind der Internationale Gewerkschaftsrat und das IGR-Koordinierungsbüro zu nennen, ohne deren personelle und organisatorische Unterstützung die Tagung so nicht hätte realisiert werden können.

Vielen Dank an den Europäischen Gewerkschaftsbund, der die Tagung finanzierte, und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, ohne deren Diskussionsbeiträge die Ergebnisse der Tagung nicht möglich geworden wären.

Hanjo Lucassen

im August 2000